

Kopie geht an:
Bernd Schulte, MdL
Klaus Kaiser, MdL

Schulbildung in
Familieninitiative e.V.

www.homeschooling.de

Schulbildung in Familieninitiative e.V., Horringhausen 23, D-58513 Lüdenscheid

Frau Ministerin Barbara Sommer
Ministerium für Schule, Jugend und Kinder
des Landes NRW

Völklinger Str. 49
40221 Düsseldorf

Schulnutzungspflicht und damit verbundene Auswanderungen

1. Vorsitzender

Jan-A. R. Edel

Horringhausen 23
D-58513 Lüdenscheid
Telefon 02351-6702-13
Fax 02351-6702-14
E-mail j.edel@sfev.de

Aktenzeichen:

Bearbeitet von:

Datum: 30.07.06

Sehr geehrte Frau Ministerin Sommer,

aufgrund Ihrer harten Linie bei der Durchsetzung der Schulpflicht als Zwang zur Anwesenheit in einer Schule und der damit verbundenen vollzogenen und anstehenden Auswanderungen von leistungstragenden Familien komme ich nicht umhin, Sie mit der folgenden Beschreibung um eine Entspannung der Lage zu bitten.

Bildung ist sowohl ein Recht als auch für das Wohl des Staates ein entscheidend wichtiges Gut. Gerade aus diesem Grund entscheiden sich weltweit, aber auch bei uns in NRW immer mehr Familien für individualisiertere Bildungsformen, als es das steuerfinanzierte System Schule je ermöglichen könnte.

Ihre Order, die „Schulpflicht mit allen gebotenen Mitteln“ hart und unflexibel durchzusetzen, hat bislang und oft gegen das Wohl der betroffenen Kinder zu einigen Familienzerrüttungen und vor allem vermehrt zu Auswanderungen der Familien geführt, die privates Lernen ohne Schule als die für sie günstigste Bildungsform entdeckt haben und nach ihren positiven Erfahrungen damit keinesfalls zurückfallen wollen.

Meine Frau und ich sind verantwortlich für bald fünf Kinder. Zwei von Ihnen haben den Grundschulstoff des Lehrplans von NRW komplett ohne Schule in familiärer Eigenverantwortung und Selbstdisziplin gelernt. Ihre psycho-soziale Reife, ihre Kommunikationsfähigkeit und insgesamt ihre soziale Kompetenz hat ihre Einschulung in ein weiterführendes Gymnasium zur „Bereicherung der ganzen Klassengemeinschaft“ gemacht, wie die Schulleitung es ausdrückte. Ein drittes Kind ist sieben Jahre alt, besitzt nun über zwei Schuljahre hinweg drei verschiedene, ausgezeichnete Zeugnisse der 2. Klasse und soll nun von uns – gegen seinen ausdrücklich erklärten Willen – in eine dritte Klasse gezwungen werden, obwohl ihm der Stoff dieser Klasse bereits vollständig zu eigen ist. Auch emotional ist dieses Kind sehr weit entwickelt, was uns Eltern wegen der gleichmäßigen Orientierung an verantwortlichen Menschen aller Altersstufen und in realen Lebensbezügen nicht weiter verwundert, sondern gerade beabsichtigt war.

Neben uns gibt es in unserer Stadt drei weitere Familien mit ähnlichen Bildungsbiografien, die zum nächsten Schuljahr bereits nach England, Dänemark und Kanada auswandern werden oder dies konkret planen.

Durch meine ehrenamtliche Arbeit im Bereich „Lernen ohne Schule“ / „Homeschooling“ weiß ich von mindestens 25 relativ großen Familien allein in NRW, die aufgrund der Bildungsfreiheit nach Kanada, Dänemark, Frankreich, Belgien, USA, Irland, England, Russland und viele andere Länder ausgewandert sind und die Repressalien der Schulämter bezüglich Schulanwesenheitspflicht nicht länger ertragen konnten. Das empfinde ich in Kenntnis dieser Familien als großen, auch persönlichen Verlust und als völlig unnötige Schande für unser Land.

Nun frage ich Sie, ob die in NRW gebotene Schulbesuchspflicht dermaßen exklusiv ist, dass Familien existenziell bedroht und zur Auswanderung gezwungen werden müssen oder ob es nicht doch flexiblere Auslegungen der Schulpflicht wie z.B. in Österreich geben kann. Genau wie bei uns herrscht dort allgemeine Schulpflicht und doch dürfen Familien unter der Aufsicht des Staates das „Wie“ und „Wo“ der Bildung ihrer Kinder verfassungsgemäß selbst bestimmen.

Sie werden mir nun entgegenhalten, dass Sie an Grundgesetz und Verfassung gebunden sind. Jedoch laut GG gibt es keinen – noch so vielbeschworenen - staatlichen Erziehungsauftrag. Artikel 7(1) als einziger Satz, der eventuell mit Bildung zu tun hat, regelt nur das öffentliche Schulwesen und stellt es lediglich unter die Aufsicht des Staates. Das geschieht in allen Ländern fast ohne Ausnahme und ist für das Schulwesen plausibel. Aufsicht über die Schulen kann aber nicht heißen, auch Lernwege, Pädagogik und Bildungsbiografien zu bestimmen. Schon gar nicht kann damit das „Was, Wie und Wo“ der gesamten Bildung Minderjähriger gemeint sein. Unsere Verfassung enthält dann den Begriff der "allgemeinen Schulpflicht", die es in deutschsprachigen Ländern wie Österreich ebenfalls unter diesem Begriff, allerdings mit anderer Interpretation gibt. Der Staat verpflichtet sich, kostenfreie Schulen anzubieten, die ein Mindestmaß an Kulturtechnik und Bildung ermöglichen sollen. Also auch durch Art. 8(2) unserer Verfassung „Es besteht allgemeine Schulpflicht“ kann weder Nutzungszwang noch Anwesenheitspflicht in bestimmten Gebäuden abgeleitet werden. Erziehung und Bildung sind Aufgabe der Bürger, also der Familien. Selbst Pädagogik und Didaktik bleiben legislativ vom Schulwesen unabhängig. Zur Legitimation schulfreier Bildung im Einzelfall und in Koexistenz zur Schulpflicht müsste demnach nur das Schulgesetz ergänzt werden, da dies alle in Deutschland lebenden Minderjährigen ausnahmslos zur Schulnutzung zwingt, auch wenn nachweislich vielen Kindern und Jugendlichen dadurch sogar Chancen verbaut werden. Fakt und dabei eigentlich nicht auf legalem Boden ist, dass der Staat nicht nur das Schulwesen, das er finanzieren und beaufsichtigen soll, in monopolistischer Weise kontrolliert und beherrscht, sondern sogar die gesamte Pädagogik und die Art des Lernens für Minderjährige *bestimmt*, und zwar mindestens 10 volle Jahre eines jungen Menschenlebens lang. Der Staat und damit die Gesellschaft maßt sich demnach - und erst recht in Hinsicht gegenüber dem internationalen Kontext - ungeheure Eingriffe in die Freiheit und Würde des Menschen an.

Nicht die Schulpflicht, sondern ein hoher Bildungsstand ist eine „Errungenschaft der Demokratie“ und andere Länder in der Welt machen uns diesbezüglich mittlerweile einiges vor. Die Korrelation von Freiheiten im Bildungswesen, auch zu z.B. Homeschooling, und dem PISA-Ranking ist eindrücklich, aber eigentlich auch klar. Schlüssel für gute Bildung ist, wie Sie wissen, das Maß individueller, persönlicher Lernbeziehungen (Bonding, Verbindung, Approximität). Um Bildung zu verbessern, müssen Sie persönliche, bezogene Betreuung unterstützen – ob innerhalb oder außerhalb des geschlossenen Systems. Ein steuerfinanziertes Schulsystem selbst mit Unterstützung durch privatkostenpflichtigen Nachhilfeunterricht bleibt immer auf einen bestimmten Grad der Minimalbildung beschränkt.

Nun werden Sie einwenden, dass der Schulbesuch „nur“ als verpflichtendes Minimal- oder Ergänzungsprogramm gedacht ist und bildungsnahe Eltern ihre Kinder ja am Nachmittag beliebig weiter fördern können. Hierzu möchte ich ansatzweise zwei Aspekte entgegenhalten. Erstens ist Schule ein geschlossenes und komplett lebensbestimmendes System, das das ganze Kind fordert. Es beschränkt sich auch ohne Ganztagsbetrieb schon lange nicht mehr nur auf den Vormittag sondern bestimmt den kompletten Alltag eines jungen Menschen vollständig und

jahrelang. Zweitens prägt es viele Kinder in wachsender und kontinuierlicher, aber meist unnötiger Konfliktsituation zum Elternhaus, übrigens hauptsächlich durch eine kompetierende, unreife Mitschülerschaft und nicht durch die überwiegend vorbildlichen, verantwortungsvollen Lehrkräfte. Diese Prägung determiniert zudem entscheidend das zukünftige Zusammenleben der Generationen, das eigene, ganze Leben und damit auch die beruflichen Zukunftschancen oder nicht selten die zukünftige, psychische Gesundheit.

Der vielgehörte Vorwurf der „Parallelgesellschaft“ von außerschulischen Lerngemeinschaften basiert auf dem Mythos einer Einheitsgesellschaft, die in der Realität nur durch Gewalt erzwungen existiert. Längst sollte in unserer pluralistischen Gesellschaft klar sein, dass jeder Stadtteil und jede öffentliche Schule für sich schon ein eigenes Milieu bildet und einzelne, ohne Schule lernende (Geschwister-) Kinder bestenfalls Subsidiarität, Eigenverantwortung und individuelle Bereicherung für die Gesellschaft bedeuten. Neue parallele Kulturen können sich dort bestimmt nicht entwickeln. Es gibt übrigens kein Einwanderungsland der Welt, das seine Schulpflicht für Integration oder gar Nationalismus instrumentalisiert. Home Education gilt überall als ein völlig unbedenklicher Bildungsweg.

Da Sie als Schulministerin in NRW verantwortlich für die gesamte Bildung der Bevölkerung und damit ihrer Zukunftsperspektiven sind, muss sich Ihnen die Frage stellen, wie Sie Schule und Bildung individualisieren und wie Sie in Fällen eines privaten, individualisierten Bildungskonzepts ohne Schule in der Familie trotzdem Aufsicht und Mindeststandards erreichen könnten. An diesem Punkt haben die Länder der Welt (außer vielleicht Slowakei und Bulgarien) verschiedene flexible Lösungen gefunden.

Ich möchte Sie ermutigen, hier neue, vielleicht noch recht ungewohnte, aber durch viele Ihrer Wähler dankbar akzeptierte Wege zu diskutieren und zu beschreiten. Bewegung an diesem Punkt ist in Deutschland längst überfällig, wenn man z.B. an die Familien denkt, die sich und ihren Kindern das „Wie“ und „Wo“ der Bildung selbst zutrauen und um der Bildungsfreiheit willen auswandern. Die Beschränkungen unseres Schulsystems, z.B. gegenüber Kindern mit Handicaps, Hoch- oder Sonderbegabungen, immer längere Schulwege, Finanzierungs- und Lernmittelproblemen und besonders der Mangel an beziehungsstarken Lehrpersönlichkeiten erfordern radikale Reformen statt immer nur Trostpflaster. Die allgemeine Ausbildungs- und Beschäftigungssituation in unserem Lande braucht neue, kreative, eigenverantwortliche Köpfe und die Einbeziehung neuer Lösungen.

Zur Vermeidung weiterer notgedrungener oder prophylaktischer Abwanderung in Einzelfällen könnten Sie konkret etwas unternehmen. Weisen Sie die Schulämter in unserem Bundesland – teilweise bestimmt auch zu deren Erleichterung – an, ihnen bekannte Familien mit dem begründeten Wunsch und Nachweis, gute Bildung ohne Schulbesuch zu erreichen, differenzierter betrachten zu dürfen. Lassen Sie Ihre Schulbeamten Flexibilität andeuten und mehr Nachsicht üben. Wissenschaftlich begleitete Pilotprojekte oder Schulkooperationen mit Kindern, deren Eltern einen begründeten Antrag auf ein außerschulisches Lernkonzept ohne Schulanwesenheitszwang stellen, wären ein Anfang, der auch in anderen Ländern Vertrauen und Sicherheit geschenkt hat.

Ich würde mich freuen, mit Referaten oder auch zunächst in einem persönlichen Gespräch mit Ihnen auf alle Ihre Bedenken oder Vorbehalte eingehen und Ihnen alle relevanten Hintergrundinformationen mitteilen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Edel



Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen

MSW des Landes Nordrhein-Westfalen • 40190 Düsseldorf

Herrn
Jan Edel
Horringhausen 23

58513 Lüdenscheid

Heimunterricht statt Schulunterricht

Ihr Schreiben vom 30. Juli 2006

Sehr geehrter Herr Edel,

Frau Ministerin hat Ihr Schreiben gelesen und mich beauftragt, Ihnen zu antworten. Mit diesem Schreiben möchte ich Ihnen nochmals und letztmalig die Position des Ministeriums zum Heimunterricht anstelle der Pflicht zum Schulbesuch erläutern.

Ich sehe davon ab, Ihnen erneut die Rechtslage darzustellen, weil dies bereits im Rahmen Ihres Petitionsverfahrens im November 2005 geschehen ist und im neuen Schulgesetz vom 27. Juni 2006 in dieser Hinsicht keine Änderungen vorgenommen wurden. Dass Sie diese Rechtslage nicht anerkennen wollen, ist bedauerlich.

Ich bin davon überzeugt, dass es für die Persönlichkeitsentwicklung eines Kindes unerlässlich ist, eine Schule zu besuchen. Die Schule ist nicht nur für die reine Wissensvermittlung da, sondern sie soll unsere Kinder und Jugendlichen zu mündigen Staatsbürgern erziehen, die sich in einer pluralistischen Gesellschaft zurechtfinden und behaupten können. Dieses Ziel kann nur in der Gemeinschaft mit anderen, vor allem auch Andersdenkenden erreicht werden. Denn nur die Auseinandersetzung mit Andersdenkenden befähigt dazu, einen individuellen Stand-

Auskunft erteilt:

Herr MR Kumpfert

Durchwahl 0211 5867-3489

Fax 0211 5867-3676

volkmar.kumpfert@msw.nrw.de

Aktenzeichen:

222.2.02.02.02/34-2553706

(bei Antwort bitte angeben)

Datum:

1. Oktober 2006

Anschrift:

Völklinger Straße 49

40221 Düsseldorf

Telefon 0211 5867-40

Fax 0211 5867-3220

poststelle@msw.nrw.de

www.schulministerium.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:

S-Bahnen S 8, S 11, S 28

(Völklinger Straße)

Rheinbahn Linien 704, 709

(Georg-Schulhoff-Platz)

Rheinbahn Linie 708

(Wupperstraße)


punkt in wichtigen Lebensfragen zu entwickeln und diesen zur Grundlage des eigenen Handelns zu machen. Die Erziehung durch die Eltern ist bei diesem Prozess selbstverständlich ebenso wichtig wie die Erziehung in der Schule.

Eltern, die ihren Kindern den Schulabschluss vorenthalten, der ihrem Leistungsvermögen und ihren Begabungen entspricht, nehmen ihren Kindern die ihnen zustehenden Lebenschancen. Denn der Zugang zu vielen Berufen führt über die Hochschulen und der Zugang zu den Hochschulen führt über die Schulen. Kinder haben ein Recht darauf, dass ihnen diese Möglichkeiten, die unser Bildungssystem bereit hält, von ihren Eltern nicht versperrt werden. Ihre Hinweise auf die Zulassung von Heimunterricht in anderen Ländern können mich deshalb nicht überzeugen.

Es ist Aufgabe des Staates, darüber zu wachen, dass die Rechte des Kindes notfalls zwangsweise und auch gegen den Willen der Eltern durchgesetzt werden. Dies muss mit allen Mitteln geschehen, die der freiheitlich – demokratische Rechtsstaat zur Verfügung stellt. Eltern, die die rechtlichen Grundlagen unseres Landes nicht anerkennen wollen, handeln konsequent, wenn sie unserem Land den Rücken kehren. Dies ist bedauerlich aber letztlich nicht zu vermeiden. Glücklicherweise handelt es sich nur um eine kleine Minderheit von Eltern, die den Schulbesuch ihrer Kinder grundsätzlich ablehnen. Die ganz überwiegende Mehrheit strenggläubiger Eltern hat sich mit den Schulen arrangiert. Dies beweist, dass die meisten Zuwandererfamilien integrationswillig sind und die Grundregeln unseres Staatswesens anerkennen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


(Kumpfert)